

Versammlung oder Parlament - Dällikon hat die Wahl

Im Rahmen eines kontrastischen Gesprächs wurden am Mittwoch die Vor- und Nachteile der Einführung eines Gemeindeparlaments in Dällikon diskutiert.

DOMINIK MÜLLER

DÄLLIKON. Die Ausgestaltung der Legislativfunktion ist eine entscheidende Frage, die sich für die politische Organisation einer Gemeinde in der Schweiz stellt. Mit dem Versammlungssystem und dem Parlamentssystem stehen sich zwei Modelle gegenüber. Im ersten Fall treffen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die politischen Entscheidungen selbst und direkt, im zweiten Fall delegieren sie diese an gewählte Repräsentanten. Im Kanton Zürich kennen dreizehn Städte, darunter Zürich, Winterthur und Bülach, ein Gemeindeparlament, alle anderen Gemeinden sind als Versammlungsgemeinden organisiert, so auch Dällikon.



Die Gesprächsteilnehmenden (von links): Simone Prinzen, Moderatorin Karin Joss und Uljana Ishchenko. Bild: dom

Uliana Ishchenko will das ändern. Sie fordert in ihrer Einzelinitiative die Einführung eines Parlaments in Dällikon. Anderer Meinung ist die Ortspartei Pro Dällikon. Im Vorfeld der Abstimmung vom 27. November hat diese am Mittwoch zu einem kontradiktorischen Gespräch eingeladen. Initiantin Uliana Ishchenko diskutiert mit Simone Prinzen, Vorstandsmitglied von Pro Dällikon. Karin Joss, Präsidentin von Pro Dällikon, übernimmt die Moderation, selbstredend in neutraler Funktion.

Etwas mehr als 30 Leute finden sich im Theoriesaal des Feuerwehrgebäudes ein. «Für das politische Leben innerhalb eines Dorfs ist es wichtig, dass man sich trifft und diskutiert», sagt Karin Joss. Auf ihre Beweggründe, die Initiative einzureichen, sagt Uliana Ishchenko: «Für mich macht es keinen grossen Unterschied, ob der Volkswille

an einer Gemeindeversammlung zum Ausdruck kommt oder durch ein Parlament vertreten wird, aber juristisch ist der Unterschied gross, da in einem Parlamentssystem Volksinitiativen möglich sind.» «Die Hürden für eine Volksinitiative sind verglichen mit einer Einzelinitiative aber viel höher, zumal eine bestimmte Anzahl Unterschriften erreicht werden muss», entgegnet Simone Prinzen.

Untervertretung der Jungen

Ein grosses Problem, mit dem viele Gemeinden zu kämpfen haben, ist die Untervertretung der jüngeren Generation an den Gemeindeversammlungen. Ein Parlament soll laut Uliana Ishchenko diesbezüglich Abhilfe schaffen: «Heute findet beispielsweise kein Diskurs auf Social Media statt, in einem Parlament würde die Debatte öffentlichlicher geführt.» Auch Simone Prinzen ist der Meinung, dass Junge mehr in politische Debatten eingebunden werden müs-

sen, «aber ich glaube nicht, dass dies der richtige Weg dazu ist.» Zudem bezweifle sie, dass sich für ein Parlament genügend Leute finden würden, zumal auch jüngst bei den Erneuerungswahlen im März kaum mehr Personen kandidierten, als Sitze zu vergeben waren. «Es würde keine wirkliche Wahlentstehen und wir geben letztlich Rechte an diejenigen Personen ab, die gerade Zeit haben, um im Gemeindeparlament mitzuwirken.» Uliana Ishchenko wiederum ist sich sicher: «Es gibt genügend Leute in Dällikon, die sich engagieren wollen.»

Eigentlich ist geplant, dass sich das Publikum erst gegen Ende des Gesprächs aktiv einbringen soll. Das Thema scheint aber zu bewegen, es dauert nicht lange bis zu den ersten Wortmeldungen. Und schnell wird ersichtlich, dass das Anliegen von Uliana Ishchenko zumindest unter den Anwesenden einen schweren Stand hat. Sie wird mit Fragen gelöchert – «Kosten»,

«Grösse des Parlaments» oder «Abbau von Demokratie» sind nur einige der Schlagworte, die fallen. «Die Kosten kann sich Dällikon leisten», «die Anzahl Parlamentarier kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau bestimmt werden» oder «die Demokratie wird nicht eingeschränkt, da man darauf vertrauen darf, dass die gewählten Parlamentarier auch im Interesse der Bevölkerung handeln, sonst werden sie abgewählt», kontert Uliana Ishchenko. Etwas Zuspruch erhält sie dann doch noch, als ein Zuhörer einwirft, dass sich Parlamentarier intensiver mit der Materie befassen, als dies die meisten Teilnehmenden an einer Gemeindeversammlung tun würden, und mittels Anträgen und Vorstössen einen Gemeinderat und eine Verwaltung mehr fordern können.

Mehr Diversität in der Politik

«Ein weiteres Argument für ein Parlament ist für mich, dass auf diese Weise auch Personen im

politischen Diskurs vertreten wären, die nicht an einer Gemeindeversammlung teilnehmen können, etwa Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen. Die Diversität würde erhöht», so Uliana Ishchenko. Sabine Prinzen entgegnet: «Für mich stellt sich dabei die Frage, ob man die Rechte einer ganzen Gemeinde wegen ein paar wenigen einschränken soll.» Zumal sich diese wohl auch nicht in ein entsprechendes Parlament wählen lassen könnten.

In Dällikon funktioniert das Versammlungssystem gut, das beweise auch jeweils die Beteiligung an den Gemeindeversammlungen, findet Simone Prinzen. In Dällikon passiere zu wenig, ein Parlament würde zu mehr politischem Diskurs und mehr Diversität führen, findet Uliana Ishchenko. Zumindest über die vorliegende Einzelinitiative entscheidet indes noch kein Parlament, sondern die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne.